

---

## Wegen Katherina Reiches Heizgesetz: Kosten für Gasheizung verdoppeln sich

29.07.2026, 04:47 Uhr

Von: Andreas Höß

Uns auf Google folgen

---

An dieser Stelle wird online ein interaktiver oder fremderInhalt eingeblendet. Geben Sie die URL im Browser ein oder scannen Sie den QR-Code auf der ersten Seite.

---

*Gasheizungen könnten laut IW-Studie deutlich teurer werden. Vor allem die geplante Grüngasquote belastet künftig Mieter und Vermieter.*

Köln – Die Kosten für das Heizen mit Gas könnten sich in den nächsten Jahren nahezu verdoppeln, was Mieter und Vermieter gleichermaßen trifft. Das ist das Ergebnis einer neuen Studie des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln.

Die Ökonomen haben errechnet, dass die Jahresausgaben für den Betrieb einer Gasheizung durch das neue Heizgesetz von heute 1080 Euro auf 1952 Euro im Jahr 2040 und 2366 Euro im Jahr 2045 steigen könnten. Basis ihrer Kalkulation ist eine typische teilsanierte Altbauwohnung mit einem Jahresverbrauch von 10.000 Stunden Gas für Heizen und Warmwasser.



Wer heute eine neue Gasheizung einbaut, zahlt drauf, warnen die Forscher vom Institut der deutschen Wirtschaft. © IMAGO

## Heizen mit Gas könnte deutlich teurer werden

Die Union hatte im Wahlkampf scharfe Kritik am Heizgesetz der Ampel-Regierung des damaligen Wirtschaftsministers Robert Habeck (Grüne) geübt. Im Gesetz war vorgesehen, dass neue Heizungen zu 65 Prozent mit Erneuerbaren Energien betrieben werden müssen.

---

*Die Politik verkauft das neue Heizungsgesetz als Freiheit im Heizungskeller – ohne Mehrkosten. Das ist irreführend.*

- Ralph Henger, IW Köln -

---

„Mit dem bürokratischen Reinregieren in den Heizungskeller muss Schluss sein“, forderte die Union im Wahlkampf. Mitte Juli drehte die Bundesregierung unter Kanzler Friedrich Merz (CDU) die Habeck-Reform nun zurück und verabschiedete ein neues Heizgesetz. Künftig dürfen neben Wärmepumpen und Fernwärme weiter Öl- und Gasheizungen verbaut werden. Eine steigende Grüngasquote – die sogenannte Biotreppe – soll dafür sorgen, dass Klimaziele trotzdem eingehalten werden. Dafür sollen Gasheizungen ab 2029 mindestens zehn Prozent Biomethan oder Wasserstoff beigemischt werden, 2040 dann 60 Prozent.

## Grüngasquote treibt Kosten für Gasheizungen

Laut den IW-Forschern verteuert vor allem diese Grundgasquote das Heizen mit Gas drastisch. Demnach entfallen 643 Euro der 872 Euro an errechneten Mehrkosten im Jahr 2040 auf die Beimischung

klimafreundlicher Gase. Die Ökonomen gehen dabei nicht davon aus, dass ausreichend Biomethan für Heizungen zur Verfügung stehen wird, weshalb auch teurer Wasserstoff zum Heizen verwendet werden müsste.

---

An dieser Stelle wird online ein interaktiver oder fremderInhalt eingeblendet. Geben Sie die URL im Browser ein oder scannen Sie den QR-Code auf der ersten Seite.

---

Daneben könnten die Gebühren für Gasnetze ihrer Rechnung nach im Jahr 2040 um 184 Euro höher liegen als heute, weil immer mehr Verbraucher von Gas auf Wärmepumpen oder Fernwärme umsteigen dürften. Das verteuert die Netzgebühren für verbleibende Anschlüsse mit Gasheizungen. Auch steigende CO<sub>2</sub>-Preise treiben die Kosten – wenngleich diese im Vergleich kaum mehr ins Gewicht fallen. Hier rechnen die Volkswirte mit einer Zusatzbelastung von 44 Euro pro Jahr.

## **Gasnetze könnten für Verbraucher teurer werden**

Das neue Heizgesetz eröffnet bei der Wahl der Heizung wieder mehr Spielraum. Der Einbau einer neuen Gasheizung könne vor allem für Vermieter auf den ersten Blick günstiger erscheinen. Die Gesamtkosten für den Einbau einer Gasheizung von 10.000 bis 15.000 Euro sind nur etwa halb so hoch wie jene für eine Wärmepumpe. Langfristig erweise sich diese Kalkulation wegen der steigenden Betriebskosten aber als Trugschluss, warnen die Volkswirte. Sie verweisen darauf, dass die höheren Kosten für CO<sub>2</sub>, Netzgebühren sowie die in der Biotreppe vorgesehenen alternativen Brennstoffe zu gleichen Teilen auf Mieter und Vermieter umgelegt werden – die Vermieter also an den höheren Betriebskosten beteiligt werden.

Das Urteil der Forscher über das neue Gesetz fällt entsprechend vernichtend aus. „Die Politik verkauft das neue Heizungsgesetz als Freiheit im Heizungskeller – ohne Mehrkosten. Das ist irreführend“, sagt IW-Experte Ralph Henger, der die Studie zusammen mit seinen Kollegen Malte Küper und Laurens Wunsch erstellt hat. „Wer sich für eine neue Gasheizung entscheidet, zahlt am Ende drauf – Vermieter wie Mieter“, so Henger.